



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831 - 33
Fernschreiber 0586690

2/XIII/19 - 23. Januar 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Am Ende steht das Chaos Zur aussenpolitischen Debatte	42
2 - 3	Venezuela in einer revolutionären Bewegung Von unserem lateinamerikanischen M.D.-Korrespondenten	84
4	"... darf von Wiedervereinigung nicht reden" Prof. Friedensburg vor dem Coburger Convent	39
5	7 500 Hausfrauen tödlich verunglückt Ursachen: Übermüdung und Unachtsamkeit	49
6 - 7	Eine Zwischenbilanz der Spaltung Deutschlands Über drei Millionen Sowjetzonen-Flüchtlinge kamen seit 1945 nach Westdeutschland	57

* * * * *

Am Ende steht das Chaos

sp- Die durch eine Grosse Anfrage der FDP und einen Antrag der SPD ausgelöste aussenpolitische Debatte, die erste in der dritten Legislaturperiode des Bundestages, hat in aller Offenheit, für jedermann klar erkennbar, gezeigt: die Bundesregierung setzt den Weg der Beteiligung der Bundesrepublik am Wettrüsten fort, sie verwirft den Rapacki-Plan als eine mögliche Stufe der Entspannung, sie will das diplomatische Gespräch mit der Sowjetunion unter Voraussetzungen führen, die schon in der Vergangenheit das Stigma der Unfruchtbarkeit trugen. Die Opposition dagegen, die Freien Demokraten und Sozialdemokraten, setzt der Politik des Wettrüstens den Gedanken des Verhandeln entgegen; sie sieht in der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa die Möglichkeit, eine neue Situation herbeizuführen, die ein Entspannungsmoment in sich trägt, und sie befürwortet eine Diplomatie im Verhältnis zur Sowjetunion und den Ostblockstaaten, die Ansätze auch zur Überwindung der Spaltung Deutschlands und Europas bieten.

Zwischen diesen beiden Auffassungen, die Schicksalsfragen unseres Volkes berühren, gibt es anscheinend keinen Brückenschlag, zumal der Bundeskanzler schon vor dieser Debatte im Parlament seine alte Linie wieder bekräftigt hatte. Wohin das Beharren auf dieser alten Linie gerade im Atomzeitalter führt, weiss heute jeder. Sogar von CDU-Seite wurde im Verlaufe der Debatte zugegeben, dass am Ende des Wettrüstens die Katastrophe steht. Man weiss also auch im Kanzlerlager, mit welcher furchtbaren Risiken die Politik der Regierung belastet ist. Statt sie zu mindern, wie es der besonderen Situation unseres Volkes und auch internationalen Notwendigkeiten entsprechen würde, werden sie noch erhöht. Die dänische und norwegische Regierung, die für ungeteilte Länder sprechen, sind nicht bereit, ein solches Risiko auf sich zu nehmen. Sie lehnen für ihr Gebiet die Errichtung von Raketenabschussbasen ab, weil sie in diesen keine Erhöhung der Sicherheit, sondern ein gesteigertes Gefahrenmoment erblicken.

Die Bundesregierung dagegen weigert sich, einen effektiveren deutschen Beitrag zur Entspannung zu leisten. Das ist der Tatbestand, den keine beschönigenden Worte verdecken können. Wo bleiben hier alle feierlichen Beteuerungen der Bundesregierung, gemeinsam mit der Opposition, die ebenso eine staaterhaltende Kraft wie die Regierung ist, die Grundlagen einer deutschen Aussenpolitik zu erarbeiten, die jenseits des in das Chaos führenden Wettrüstens liegen müsste? Auch diese aussenpolitische Debatte und ihr Vorepiel dazu zeigen wiederum, dass die Bundesregierung nicht daran denkt, andere als ihre eigenen Ideen zum Tragen kommen zu lassen. Dass diese nicht zur Wiedervereinigung Deutschlands und zur Verringerung der Furcht in der Welt führen, haben die vergangenen Jahre gezeigt.

* * *

Venezuela ist einer revolutionistischen Bewegung

Venezuela ist das Land in Lateinamerika, von dem seit jeher starke geistige Impulse ausgehen. In diesem Weltteil der jahrhundertlangen kolonialen Knechtschaft und der anschliessenden unaufhörlichen Kämpfe, zeichnet sich Venezuelas Geschichte durch die schlimmsten Leiden und durch die schwersten Kämpfe aus. In diesem Land, das an der nördlichsten Spitze Südamerikas liegt und den direkten Verbindungsweg zu Mittelamerika öffnet, begann zuerst der historische Kampf Lateinamerikas um seine Unabhängigkeit, um die Abschüttelung der spanischen Vormundschaft. Simon Bolivar, der Unabhängigkeitskämpfer mit der grössten amerikanischen Vision ist hier hervorgegangen. Venezuelas Söhne stritten für Freiheit nicht nur auf eigenem Boden, sondern überall dort, wo der Kampf aufgenommen wurde. Als die Epoche der lateinamerikanischen Unabhängigkeitskriege abgeschlossen war, da hatte das relativ kleine Land die Hälfte seines schwachen Volksbestandes verloren. Venezuela entspricht heute in seiner Ausdehnung etwa der Grösse Frankreichs. Aber es hat nach der Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit mehrere Invasionen und Gebietsabtretungen hinnehmen müssen.

Venezuela erlitt dann die tyrannischste und die langlebigste aller lateinamerikanischen Diktaturen. Erst 1935, als die mexikanische Revolution bereits seit 25 Jahren ihren Porfirio Diaz beseitigt hatte, ging hier die Tyrannei der Castro und Gomez, Überbleibsel eines schrecklichen 19. Jahrhunderts, zu Ende. Zehn Jahre später übernahm Rémulo Betancourt im offenen Kampf an der Spitze seiner nationalrevolutionären Partei, der Demokratischen Aktion, - die zugleich sozialistisch und zutiefst venezolanisch ist - die Führung des Landes. In der ersten wirklich demokratischen Wahl Venezuelas und vielleicht der einzigen dieser Art bisher in ganz Lateinamerika, wurde dann der grosse Schriftsteller und Universitätsprofessor Rémulo Gallegos zum Staatspräsidenten gewählt. Doch die Mächte von gestern hatten mit Hilfe von Generälen, Terror und dem amerikanischen Petroleum-Kapital bald wieder den alten Status hergestellt. Fast zehn Jahre herrscht nun der General Perez Jimenez über Venezuela. Jedoch spricht jetzt vieles dafür, dass das Ende seiner Herrschaft bevorsteht. Die psychologischen und politischen Auswirkungen der Ereignisse in Venezuela für ganz Lateinamerika sind aber kaum zu überschätzen. In Argentinien, Peru, Kolumbien, Honduras und Guatemala sind jetzt kurz hintereinander die Diktaturen beseitigt worden. Der Sturz der venezola-

nischen Diktatur wird seinerseits sicher auch das Ende der drei letzten dann verbleibenden lateinamerikanischen Diktaturen - Batistas in Kuba, Trujillos in Santo Domingo und Somozas in Nicaragua - auf die Tagesordnung stellen.

Im zehnten Jahr der Militärdiktatur über Venezuela, war offensichtlich das "Plebiszit", das Perez Jimenez am 15. Dezember 1957 für die Bestätigung seiner weiteren Herrschaft organisiert hat, der letzte Tropfen, der das volle Mass der Leiden und Entwürdigungen zum Überlaufen gebracht hat. Da auch eine lateinamerikanische Diktatur für die eigenen Volksmassen und für die nordamerikanischen Finanziere den demokratischen Schein braucht, hatte seinerzeit Perez Jimenez eine geschriebene Verfassung adoptiert, und so seinen Staatsstreich verfassungsmässig legalisiert. Doch 1953 mussten, nach seiner eigenen Verfassung, Präsidentschaftswahlen stattfinden: und obwohl die unterlegenen demokratischen Kräfte aus dem öffentlichen politischen Leben verbannt waren und alle propagandistischen und "technischen" Sicherungen geschaffen waren, war das Stimmverhältnis drei zu eins gegen den Diktator. Das Wahlergebnis wurde gefälscht, annulliert - aber der Unwille nahm zu. Nun mussten im vergangenen Jahre nach den Verfassungsterminen erneut Präsidentschaftswahlen stattfinden. Seit Mitte des Jahres waren sie offiziell angekündigt, dann immer wieder hinausgeschoben und so wuchs die Unsicherheit und Spannung im Lande zusehends. Würde es Perez Jimenez ein zweites Mal wagen, sich in einer Wahl seinem Volk zu stellen - und dann höhnisch auf seinen Wahlspruch mit einem Fusstritt zu reagieren?

Schliesslich schien der kluge Ausweg gefunden zu sein: Am 15. Dezember durfte die Wahl stattfinden. Aber an Stelle einer Wahlmöglichkeit, wurde dem Volk nur die staatsbürgerliche Pflicht zugewiesen - per Plebiszit den Diktator für eine weitere "verfassungsmässige" Amtsperiode zu bestätigen.

Nun hat das Jahr 1958 in Venezuela damit begonnen, dass gleich am Neujahr eine Gruppe junger Offiziere die offene Revolte gegen Perez Jimenez auslöste. Damit begann die Todeskrise der venezolanischen Diktatur. Dass die Armee, die Perez Jimenez in den Sattel gehoben hat und die einzige wirkliche Kraft auf die er sich stützen konnte, nicht mehr länger geschlossen hinter dem Diktator stehen will, bedeutete nicht nur eine entscheidende Schwächung, sondern die Ankündigung weiterer Aktionen. Einzig und allein gestützt auf die Geheimpolizei und den Propagandaapparat, gegen das Volk und heute noch gegen einen Teil der Armee, wird die Diktatur nicht lange sich halten können. Offensichtlich war diese Gruppe junger Offiziere nur ein mobiler militärischer Vortrupp grösserer Offizierskreise, die den rechtzeitigen Absprung vorbereiten.

Doch Perez Jimenez hat kaum eine Chance, wie Batista in Kuba, den Widerstand gegen seine Diktatur in eine Serie kleiner Aufstände und schliesslich in die Guerilla abzudrängen. Hier handelt es sich - wie die jüngsten Ereignisse zeigen - um eine Volksbewegung die je länger, desto mehr neue Schichten und Kräfte erfasst. Tatsächlich steht Venezuela in seiner grossen Kampfgeschichte vor einem neuen Start, der als Impuls in ganz Lateinamerika sich auswirken wird. * * *

"... darf von Wiedervereinigung nicht reden"

Der Coburger Convent der Landsmannschaften und Turnerschaften an den deutschen Hochschulen hielt kürzlich in Berlin eine Tagung ab, die sich mit der Frage der deutschen Wiedervereinigung beschäftigte. Herbe Kritik an der misslungenen Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung übte der Berliner CDU-Bundestagsabgeordnete Prof. Friedensburg. Wir lesen darüber in der Ausgabe des "Tagesspiegel" vom 19. Januar:

"Aufmerksamste Anteilnahme fanden die Ausführungen von Professor Friedensburg. Noch nie seien die Aussichten für die Wiedervereinigung so schlecht gewesen wie jetzt; meinte er eingangs und wies auf die bereits jetzt feststellbare Entfremdung der Deutschen in Ost und West hin, die bei einem Fortdauern der Spaltung immer stärker und unheilvoller werden würde. Die Teilung selbst bezeichnete er als ein wahrhaft tragisches Unglück, das nach der klassischen Definition des Tragischen das Problem der Unlösbarkeit in sich zu tragen scheint. Es gebe überhaupt nur eine Möglichkeit, der Wiedervereinigung näher zu kommen, nämlich die, mit den Sowjets, nicht aber mit ihren deutschen Auftragsnehmern auf diplomatischem Wege ins Gespräch zu kommen. Ernsthafte Versuche seien in dieser Richtung bisher noch nicht unternommen worden, und deshalb habe auch niemand ein Recht, zu sagen, das ginge nicht. Den Sowjets müsse ein gewisses Mass von Misstrauen gegenüber einem Deutschland, das sich womöglich auch als Ganzes einem gegnerischen Machtblock anschliessen könnte, nachgeföhlt werden. Es komme nur darauf an, dieses Misstrauen aus dem Wege zu räumen und ein gutnachbarliches Verhältnis zum russischen Wolke anzustreben.

"Wer eine Normalisierung der deutschen Beziehungen zur Sowjetunion aus noch so begreiflichen Gründen ablehnt, darf von Wiedervereinigung nicht reden!" rief Friedensburg unter dem Beifall der Versammlung aus. Ein Verhandeln mit den Sowjets bedinge aber auch endlich ein Fallenlassen jener einseitigen Vorstellung, dass Deutschland entweder zum Westen oder zum Osten gehöre. Eine derartige Auffassung sei schon angesichts unserer geographischen Lage unhaltbar. Vielmehr komme Deutschland von Natur aus eine Position zwischen Ost und West zu, ein Umstand, der zwar alle deutsche Politik kompliziere, aber die Wiedervereinigung auch jetzt noch möglich erscheinen lasse."

Innerhalb der CDU bleibt Prof. Friedensburg wohl noch für lange Zeit ein Mahner in der Wüste. Solche ketzerischen Wahrheiten werden von der Kanzlerpartei nicht gern vernommen. Ist nicht für den "Rheinischen Merkur" eine neue Hexenjagd fällig?

7 500 Hausfrauen tödlich verunglückt

Diese Zahl sollte zu denken geben: 7 500 Hausfrauen sterben nach Angaben des deutschen Gesundheitsmagazins alljährlich bei ihrer Haushaltsarbeit durch Unfall. Jeden Tag, Stunde um Stunde verunglücken Hausfrauen tödlich, am Küchenherd, beim Fensterputzen, auf dem frischgebohrten Treppenaufgang, beim Reinigen der Kleider mit hochexplosiven Chemikalien oder durch Unachtsamkeit beim Hantieren mit schädlichen Elektrogeräten.

In der Bundesrepublik ereignen sich stündlich drei Unglücksfälle mit tödlichem Ausgang. Einer im Strassenverkehr, einer auf dem Arbeitsplatz; einer im Haushalt.

Spaltenlange Berichte dramatisieren einen tödlichen Verkehrsunfall. Die Zeitungen sind voll davon. Über die tödlich verunglückte Hausfrau schreibt man nicht - oder nur selten. Ihr Tod ist nicht so sensationell wie ein Zusammenprall mit 120 Stundenkilometern, bei dem es Trümmer, Explosionen und etliche Zuschauer gibt.

Der Tod der Hausfrauen ist anders. Mitunter wissen nur die Nachbarn, die nächsten Angehörigen davon. Die Umwelt geht an diesen Unglücksfällen vorüber. Vielleicht sind sie zu "selbstverständlich"? Anders dagegen ist es mit dem Managertod der Kärner. Er ist populär. Arztzeitschriften und die Tagespresse haben zu seiner Popularisierung beigetragen. Doch der Hausfrauentod? Er wird kaum beachtet.

Wie festgestellt werden konnte, sind es zwei Faktoren, die im Haushalt vorwiegend zu tödlichen Unglücksfällen führten: Leichtsinns und Übermüdung. Sie rauben den Kindern die Mutter, dem Mann die Gefährtin. Die jüngeren Hausfrauen bis zu 30 Jahren sind besonders gefährdet, sie stellen den grössten Anteil an Unglückstoten. Von insgesamt 7 500 tödlich verunglückten Hausfrauen waren 5 000 noch keine 30 Jahre alt.

Die Psychologen erklären diese Tatsache mit der Begründung: Die jungen Frauen und Mütter sind wagemutiger als die Älteren, haben auch vielfach noch nicht die ausgereifte Erfahrung und Praxis im Haushalt, wie die Älteren Frauen und Mütter. Oftmals wird ihnen die Gefährlichkeit der gerade zu verrichtenden Haushaltsarbeit gar nicht bewusst. Wenn, dann ist es meistens schon passiert, der Unfall ist geschehen.

An zwei Wochentagen ereignen sich die meisten Unfälle: Montag und Freitag. Man nimmt an, dass die Hausfrau am Montag noch häufig vom Sonntag her übermüdet ist, der ja für sie nur in den seltensten Fällen - im Gegensatz zum Ehemann - ein Feiertag ist. Ausserdem neigen die Hausfrauen dazu, mit Elan und nicht selten auch mit übermässigem Arbeitseifer die neue Arbeitswoche zu beginnen. Am Freitag dagegen bringt das herannahende Wochenende für die Hausfrau zusätzliche Belastungen. Es soll alles blank sein. Die Arbeit wird in Blitztempo erledigt. Man will schnell fertig werden. Dabei fehlt es dann mitunter an der notwendigen Sorgfalt, bei deren Beachtung sich manch Unfall vermeiden liesse. Es wird darum den Hausfrauen empfohlen, zumindest die gefährlicheren Arbeiten nicht an einem Montag oder Freitag zu verrichten, und die wochenendbedingte Arbeit nach Möglichkeit auf die gesamte Woche zu verteilen. Eine Forderung, die bei vernünftiger Arbeitseinteilung verwirklicht werden kann. Denn 7 500 Hausfrauen brauchen nicht alljährlich zu sterben. Daran sollte man immer denken.

Eine Zwischenbilanz der Spaltung Deutschlands

sp- Die Bundesregierung wird in den nächsten Tagen eine Schrift veröffentlichen, die sich mit dem Flüchtlingsstrom nach Westdeutschland befasst. In ihr wird angekündigt, dass die Neuregelung des Notaufnahmeverfahrens - eine Forderung, die von der SPD schon seit Jahren gestellt wurde - nunmehr vorbereitet werden soll. Wie die zuständigen Stellen mitteilten, besteht jedoch über die Art der Neuregelung noch keine klare Vorstellung. Das umständliche Notaufnahmeverfahren gänzlich fortfallen zu lassen, ist nicht beabsichtigt.

Wie die vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte zusammengestellte Schrift nachweist, haben seit 1945 über 3 Millionen Menschen die Sowjetzone verlassen. Seit 1955 verstärkte sich die Abwanderung aus der Sowjetzone beträchtlich. 1954 waren es noch 184 189 Flüchtlinge, die ihre Notaufnahme beantragten, 1957 dagegen schon 261 622. Die Tatsache, dass in der zweiten Jahreshälfte des Jahres 1957 etwa 30 Prozent mehr Flüchtlinge in die Bundesrepublik kamen als im ersten Halbjahr, lässt darauf schließen, dass mit einem weiteren Ansteigen der Flüchtlingszahlen gerechnet werden muss. Die Ursachen liegen hierbei im wesentlichen an der verschärften politischen Kurs der sowjetzonalen Machthaber gegenüber der Zonenbevölkerung, insbesondere gegenüber den Mitgliedern der evangelischen Glaubensgemeinschaften, der Zwangsverpflichtungen von Industriearbeitern aufs Land, der verschärften Zulassungsbestimmungen von Studierenden an die Hochschulen und der Einschränkung von Besuchsreisen nach Westdeutschland durch die neuen Passbestimmungen.

Wie im letzten Halbjahr festgestellt werden konnte, wurden Besuchsreisen nach Westdeutschland bedenkenlos nur Pensions- und Renteneempfängern gewährt. Ihr Anteil stieg von 1,4 Prozent im Jahre 1952 auf 5,8 Prozent im Jahre 1957, und nach dem Inkrafttreten des Passgesetzes auf 6,8 Prozent.

Bei den Jugendlichen unter 25 Jahren überwiegen die politischen Fluchtgründe. Mit 52,5 Prozent im Jahre 1957 stellen sie nach wie vor

den stärksten Prozentsatz an Flüchtlingen dar. Die Mehrzahl von ihnen wandert nach Westdeutschland ab, wenn sie sich entschliessen müssen, einen Beruf zu erlernen oder wenn sie ihr Studium beginnen wollen. Hierbei sind die männlichen Jugendlichen mit etwa 70 Prozent stärker vertreten als die weiblichen. Die geforderte Mitarbeit in den politischen Organisationen, Betriebskampfgruppen und auch der "Volksarmee" und der "Volkspolizei" mögen den Entschluss der Jugendlichen, nach der Bundesrepublik abzuwandern, massgeblich bestimmen.

Beachtlich ist auch die Zahl der Flüchtlinge aus den Reihen der Volkspolizei und Volksarmee. 1956 waren es 2 170 Flüchtlinge, 1957 dagegen schon 2.706.

Auch die Anzahl der Rückkehrer, die zunächst in die Bundesrepublik kamen, dann nach der Zone abwanderten, um nun wiederzukommen, ist beträchtlich angestiegen. 1956 waren es 5 694 Rückkehrer, 1957 bereits 9 590, oder eine Zunahme an Rückkehrern von rund 50 Prozent. Nach vorsichtigen Schätzungen des Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen und des Vertriebenenministeriums - genaue Zahlenunterlagen sind nicht vorhanden - wird der Prozentsatz der in die Sowjetzone abgewanderten Personen mit etwa 8 bis 10 Prozent der Gesamtflüchtlingzahlen veranschlagt. Gegenüber den Vorjahren ist diese Zahl konstant geblieben.

Wie die Schrift weiterhin nachweist, wurde das Notaufnahmeverfahren in letzter Zeit "grosszügiger" gehandhabt. Doch noch immer betrug die Zahl der abgelehnten Notaufnahmescheide im Jahre 1957 10 019. Um das bisherige komplizierte Notaufnahmeverfahren abzukürzen, wird die SPD-Fraktion in der nächsten Bundestagsdebatte einen Vorschlag einbringen, nachdem das Notaufnahmeverfahren auf eine Sondierung von asozialen und kriminellen Personen angewandt werden soll.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel